

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Mitte des Jahres 2014 wurde der Verfassungsschutz auf die Gruppierung **Oldschool Society (OSS)** aufmerksam und nahm sie in den Fokus seiner Beobachtung. Bei der **OSS** handelte es sich zunächst um eine rein virtuelle Gruppierung, deren Mitglieder über verschiedene Instant-Messaging-Dienste kommunizierten und in einem sozialen Netzwerk um weitere Mitglieder warben. Im Laufe der Zeit folgten auch persönliche Treffen.

Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2014 strukturierte und radikalisierte sich die **OSS**. Sie gab sich im Herbst 2014 eine Satzung und etablierte eine Führungsebene von zunächst vier Personen. Die Gruppe setzte sich aus 10 bis 15 Personen aus verschiedenen Bundesländern zusammen, die eine rechtsextremistische Weltanschauung teilten. Zur Führungsebene der **OSS** gehörte seit Ende 2014 auch ein Rechtsextremist aus Nordrhein-Westfalen. Ein weiteres Führungsmitglied wohnte bis 2010 in Nordrhein-Westfalen und engagierte sich damals für die **NPD**.

Die **OSS** setzte sich zum Ziel, in kleinen Gruppierungen innerhalb Deutschlands Anschläge gegen Moscheen und namhafte Salafisten sowie Flüchtlingsunterkünfte zu verüben. Sie diskutierten dabei Anschläge in Form von Brand- und Nagelbomben. Zwei Angehörige der Führungsebene beschafften Anfang 2015 in Tschechien ohne erforderliche Erlaubnis pyrotechnische Sprengkörper. In Folge berieten Führungspersonen der Gruppe darüber, wie sie die Sprengkörper technisch verändern könnten, um die Sprengkraft zu erhöhen.

Im Mai 2015 hatten sich die Anhaltspunkte für einen möglichen bevorstehenden Terrorakt auf eine bewohnte Flüchtlingsunterkunft, verbunden mit einem vorbereitenden Treffen der **OSS** derart verdichtet, dass der Generalbundesanwalt (GBA) entsprechende Haftbefehle und Durchsuchungsbeschlüsse beantragte. Am 6. Mai 2015 führte der GBA im Rahmen eines



Ermittlungsverfahrens gegen die **OSS** wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung Durchsuchungsmaßnahmen auch in Nordrhein-Westfalen durch. Dabei wurde unter anderem der für Pressearbeit zuständige Führungsaktivist der Gruppe in Bochum vorläufig festgenommen. Bei den bundesweiten Durchsuchungen stellten die Sicherheitsbehörden unter anderem pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft sowie weitere Beweismittel sicher. Seit dem 6. Mai 2015 sitzen vier der Beschuldigten in Haft, darunter eine Person aus Nordrhein-Westfalen.

Am 23. Dezember 2015 hat der GBA vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München gegen die vier Hauptbeschuldigten Anklage wegen der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung erhoben. Ihnen wird darüber hinaus die Vorbereitung eines Explosivverbrechens zur Last gelegt. Das OLG München hat die Anklage zugelassen und die Verhandlung am 27. April 2016 begonnen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Jahr 2015 war eine Zunahme der Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene festzustellen. Im Zuge der Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen wännen sich immer mehr Rechtsextremisten im Widerstand oder gar im Bürgerkrieg. Der von rechtsextremistischen Organisationen geschürte Fremdenhass veranlasst und bestärkt einige Personen, Gewalttaten zu begehen. Auch wenn aktuell in Nordrhein-Westfalen keine konkreten Erkenntnisse zu bestehenden rechtsterroristischen Strukturen im Sinne des Strafrechts vorliegen, ist nicht ausschließen, dass sich in nächster Zeit rechtsterroristische Gruppen bilden. Deshalb sind hier die Verfassungsschutzbehörden besonders wachsam.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_rechtsterrorismus](#)